

Ein Engländer über die Politik
der nächsten 20 Jahre Seite 7

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER DR. FRITZ GERLICH

NATURRECHTSVERLAG G. M. B. H. MÜNCHEN
Schriftleitung und Verlag: München 2 M, Hofstatt 5, II. Stock.
Postscheckkonto München Nr. 2426 · Telefon 93378/93379
Sprechstunde der Redaktion Samstag von 10 bis 12 Uhr.

Mittwoch-
Ausgabe

Einzelverkauf: 20 Pf., 40 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen
Bezugspreis monatlich RM. 1.20 zuzüglich 20 Pf. Liefergebühren
bzw. bei Zustellung durch die Post 32 Pf. Liefergebühren.
Mit Unfall- und Sterbegeldversicherung

Nummer 6

München, 18. Januar 1933

5. Jahrgang

Neuwahlen am 26. Februar?

Täglich immer neue Situationen - Statt Taten nur Raten

In der Presse verstärken sich die Nachrichten, wonach bestimmt mit Neuwahlen gerechnet wird und als Wahltag der 26. Februar in Aussicht genommen ist.

Die Wahlen in Lippe hätten niemals in Deutschland das große Interesse gefunden, wenn nicht die Hitlerpartei sie offiziell zur Probe für ihre Situation in der Auffassung des deutschen Volkes gemacht und ihren ganzen riesigen Agitationsapparat einschließlich der ersten Rednergarnitur, von Hitler selbst angefangen, aufgeboten hätte. Der „Bötkische Beobachter“ und ebenso die Reichspressestelle der Hitlerpartei begrüßen das Wahlergebnis als einen großen Sieg und als Beweis, daß die Ermüdungspause vorüber ist und der neue Aufstieg der Partei beginnt.

Mit dieser Ausbeutung steht die Tatsache nicht ganz im Einklang, daß die Ziffer der für die Hitlerpartei abgegebenen Stimmen bei fast gleicher Zahl der Gesamtstimmen immer noch um rund 3500 hinter der Reichstagswahl vom 31. Juli v. J. zurückgeblieben ist, auch wenn sie um rund 5800 Stimmen über die der Reichstagswahl vom 6. November gesteigert werden konnte.

Man hat vielfach mit einem weiteren Rückgang der Hitlerpartei gerechnet, weil man der Ansicht war, die vielen Skandale und Meutereien in ihrer Führerschaft und S.A. würden sich stark auf die Anhängererschaft auswirken. Wir haben schon in unserer Ausgabe vom 28. Dezember 1932 vor dieser Auffassung gewarnt und darauf hingewiesen, daß für die sich von der Partei trennende Anhängererschaft keine politischen Aufnahmestellungen vorhanden sind. Die immer revolutionärer sich einstellenden Gruppen fänden zwar beim moskautreuen Kommunismus Weisfall, doch lehne dieser ihre Aufnahme ab und verlange geradezu, daß sie in der Hitlerpartei blieben. Denn nach Moskauer Auffassung ist diese Partei der Eisbrecher für den Kommunismus in Deutschland. Die anderen Parteien aber kommen schon aus dem Grunde nicht als Aufnahmestelle in Frage, weil ihre populäre Agitation gegen die

Nationalsozialisten, soweit sie überhaupt noch getätigt wird, durch die Führerverhandlungen über Mehrheitsbildungen mit der Hitlerpartei fortwährend in ihrer Wirkung wieder aufgehoben wird.

Ständig wechselnde „Regierungsziele“

Wir wiesen schon seit Monaten darauf hin, daß weder die Regierung noch die politischen Parteien in Deutschland die Situation benützen, die Hitlerpartei auf der schiefen Ebene, auf der sie sich seit dem 13. August v. J. befand, hinterzustoßen. Diese Enthaltung aber kam praktisch einer Aufrechterhaltung und Stützung der Partei gleich. Sie kann heute den Nutzen davon nach Hause tragen. Sie zieht aber des weiteren noch aus dem Umstand Nutzen, daß besonders seit dem Kabinett Schleicher eigentlich von Regierungsseite nichts mehr geschieht, außer dem einen des ebenso andauernden, wie ergebnislosen Verhandeln bei ständig wechselnden „Zielen“, sei es der „nationalen Konzentration“, sei es der „Schaffung eines parlamentarischen Unterbaues“ für die Regierung oder wie sonst die wechselnden, einer klaren Zukunftsidee entbehrenden Maßnahmen für den Tag oder die Woche genannt zu werden belieben.

Der Prestigeverlust der Hitlerpartei seit dem Sommer vorigen Jahres erfolgte im wesentlichen aus der Verbreiterung der Erkenntnis, daß der „Führer“ der praktischen Mitarbeit an der Lösung der großen Wirtschaftsnot der Gegenwart aus dem Wege geht und einen rein persönlichen Kampf um die diktatorische Macht über Deutschland vorzieht. Eine entschieden positive Arbeit des Reichskanzlers Schleicher aber unterblieb. Der Reichskanzler von Papen hatte noch nach außen stark hervortretende Versuche zur „Wirtschaftsankurbelung“, also zur Bekämpfung der Massennot gemacht. Man mag zu ihnen sachlich stehen, wie man will, für das Denken unseres Volkes war die Tatsache entscheidender, daß Papen wenigstens etwas versuchte. Und es gelang ihm sogar, ein ziemlich weitgreifendes Vertrauen herzustellen, daß es jetzt endlich doch besser

werden könnte; jedenfalls, daß von der Regierung aus etwas geschehe.

Papen hatte sich allerdings nicht ohne seine eigene Schuld eine sehr starke Ablehnung beim Parteiführertum und damit auch beim größten Teil der politischen Tagespresse zugezogen. Als nun Schleicher sich in der letzten Etappe der Papentrippe als sein Gegenpieler auftrat, fand er schon als Nachfolger Papens eine gute Aufnahme. Sie wurde durch einige auch sachlich berechnigte Abbaumaßnahmen der Papenschen Notverordnungen und durch nach außen hin geschickte Verhandlungen mit einzelnen Partei- und Gewerkschaftsführern so gesteigert, daß schließlich da und dort das Wort vom „sozialistischen Kanzler“ auftauchte.

Kanzler wider Willen

Wir haben in unserem Blatte vom Anfang des Kabinetts Schleicher an die Auffassung vertreten, daß er gegen seinen Willen Reichskanzler geworden ist. Wie sich die Papentrippe in der letzten Zeit entwickelt hatte, mußte er bestimmt damit rechnen, daß er in einem neuen Kabinett Papen nicht mehr die Stellung eines Reichswehrministers behält. Wir betonten ferner von Anfang an, daß Papen nicht deswegen gegangen ist, weil er das Vertrauen des Reichspräsidenten verloren hätte. In der Zwischenzeit ist ja allerlei bekannt geworden, was diese unsere Ansicht bestätigt hat. Wir bemerkten außerdem, daß Herr von Schleicher nicht entfernt in dem Maße das Vertrauen Hindenburgs besitzt, wie es Papen heute noch eigen ist. Schleicher sollte das versuchen, was er als möglich erklärt hatte, nämlich eine breitere parlamentarische Unterbauung der Regierung durchzuführen. Einige von denen, die seine Kandidatur gefordert haben, taten es zu dem ausgesprochenen Zwecke, ihm die Chance zu geben, sich durch Fehlschlagen dieser Politik selbst zu erledigen. Herr von Schleichers Reichskanzlerschaft begann deshalb von Anfang an in ganz anderem Maße mit dem Kampfe um seine Selbstbehauptung, als die seines Vorgängers. Und aus diesem Kampfe sozusagen um das nackte